

Veith-Gummiwerke Aktiengesellschaft

Sitz der Verwaltung: (16) Sandbach bei Höchst i. Odw.

Postanschrift: Höchst i. Odw., Postfach 17.

Drahtanschrift: Veithgummi Höchstodenwald.

Fernruf: 102, 196, 204 Amt Höchst i. Odw.

Postscheckkonto: Frankfurt (Main) 1738.

Bankverbindungen: Landeszentralbank von Hessen, Niederlassung Frankfurt (Main) 4/876; Landeszentralbank von Hessen, Niederlassung Darmstadt 49/876; Deutsche Effecten- und Wechselbank, Frankfurt (Main) V 67; Rhein-Main-Bank, Frankfurt (Main) 8309; Mitteldeutsche Creditbank, Frankfurt (Main).

Gründung: Die Gründung erfolgte am 23. November 1906 mit Wirkung vom 1. Oktober 1906 unter Übernahme der Firma Friedrich Veith in Sandbach bei Höchst i. Odw. unter der Firma Veith-Werke Aktiengesellschaft. Seit 18. Mai 1942 jetziger Firmenname.

Zweck: Herstellung und Vertrieb von Gummiwaren aller Art sowie aller mit dieser Tätigkeit im Zusammenhang stehender Maschinen, Geräte und sonstiger Gegenstände. Die Gesellschaft ist innerhalb dieser Grenzen berechtigt, im In- und Ausland Zweigniederlassungen und andere Unternehmen in jeder rechtlich zulässigen Form zu errichten und zu erwerben oder sich bei solchen Unternehmen zu beteiligen sowie Geschäfte jeder Art einschließlich des Abschlusses von Interessenverträgen zu tätigen.

Erzeugnisse: Kraftfahrzeug- und Fahrradbereifung sowie technische Gummiwaren.

Vorstand: Direktor Karl Ludwig Bröning, Mittel-Kinzig; Dr. Robert Maul, Reutlingen (vom A.-R. in den Vorstand delegiert).

Aufsichtsrat: Bankdirektor Karl Oppenheimer, Frankfurt (Main), Vorsitz; Dr. Edmund Natter, Rechtsanwalt, Stuttgart, stellv. Vorsitz; Dr. Peter Bartmann, Bankdirektor, Frankfurt (Main).

Abschlußprüfer: Ferd. Trapper, Wirtschaftsprüfer in Frankfurt (Main).

Geschäftsjahr: Kalenderjahr.

Stimmrecht der Aktien in der H.-V.:

Je 100.— RM Nennbetrag der Stammaktien gewähren in der H.-V. eine, je 1000.— RM Nennbetrag der Stamm- und Vorzugsaktien je zehn Stimmen; jedoch haben die Vorzugsaktien bei Abstimmungen, welche die Besetzung des Aufsichtsrates, Satzungsänderungen oder die Auflösung der Gesellschaft betreffen, gegenüber den Stammaktien dreifaches Stimmrecht.

Satzungsgemäße Verwendung des Reingewinns:

1. Zunächst sind etwaige Gewinnanteilrückstände aus Vorjahren auf die Vorzugsaktien nachzuzahlen.
2. Von dem verbleibenden Reingewinn sind auf die Vorzugsaktien 5% des auf ihren Nennwert eingezahlten Betrages zu verteilen.
3. Auf die Stammaktien ist sodann ein Gewinnanteil in Höhe von 4% der geleisteten Einlagen auszuschütten.
4. Hierauf erhält der Aufsichtsrat neben seiner festen Vergütung eine weitere Vergütung, deren Höhe von der Hauptversammlung jährlich zu beschließen ist.
5. Der Rest wird an die Aktionäre verteilt, sofern die Hauptversammlung eine anderweitige Verwendung nicht bestimmt; die Verteilung des Gewinnanteils erfolgt auch in diesem Falle auf die auf die Aktien jeweils eingezahlten Beträge.

Zahlstellen: Gesellschaftskasse in Höchst-Sandbach i. Odw.; Deutsche Effecten- und Wechselbank, Frankfurt (Main); Rhein-Main-Bank, Frankfurt (Main).

Aufbau und Entwicklung

Die Gesellschaft wurde am 23. November 1906 mit Wirkung vom 1. Oktober 1906 unter Übernahme der Firma Friedrich Veith in Sandbach bei Höchst i. Odw. gegründet. Die Pro-

duktion beschäftigte sich in erster Linie mit der Fertigung von Fahrradbereifung. Neben dem Inlandgeschäft wurde auch das Exportgeschäft sehr gepflegt. Die Erzeugnisse fanden Absatz in sämtlichen europäischen Ländern und vielfach auch in Übersee.

Die ersten Erweiterungsbauten auf dem Fabrikgelände erwiesen sich nach dem ersten Weltkrieg als erforderlich, um durch den Einbau neuer Maschinen die Produktionstechnik auf zeitgemäßem Stand zu halten. Seitdem hat sich das Werk laufend vergrößert.

Nach der Umstellung auf Goldmark wurde im Jahre 1930/31 durch Zusammenlegung des Stammaktienkapitals eine Sanierung vorgenommen. Von da an hat sich die Gesellschaft befriedigend entwickelt; der Umsatz konnte mengen- und wertmäßig gesteigert werden. 1937—38 wurde das in Frankfurt (Main), Rüterstraße 9, gelegene Verwaltungsgebäude erworben. Bei einem Luftangriff am 22. 3. 1944 wurde es vollständig zerstört; die Verwaltung wurde nach Miltenberg (Main) verlegt. Weitere Schäden durch unmittelbare Kriegseinwirkung sind nicht eingetreten.

Infolge Besetzung durch alliierte Truppen wurde das Werk Ende März 1945 stillgelegt. Am 30. 6. 1945 erhielt die Gesellschaft von der Militärregierung die Genehmigung, die Produktion in Fahrraddecken und Kraftfahrzeugreifen wieder aufzunehmen; doch konnte die Produktion zunächst nur in bescheidenem Umfange anlaufen, weil ein Teil der Fabrikanlagen weiter besetzt blieb. Einige Monate später konnte jedoch die Produktion in vollem Umfange und in allen Zweigen wieder aufgenommen werden. Seitdem befindet sich die Firma in einer steten Aufwärtsentwicklung, die auch durch die Währungsreform nicht unterbrochen worden ist.

Besitz- und Betriebsbeschreibung

1. Werk Sandbach bei Höchst i. Odw.

Betriebsanlagen: Walzwerke; Vulkanisieranlagen für Auto-, Motorrad- und Fahrradbereifungen und technische Gummiwaren; Schlauchabteilung; Regenerieranlagen; Betriebswerkstätten; chemisches und physikalisches Laboratorium.

Kraftanlagen: Zwei Hochdruckdampfkessel; zwei Turbogeneratoren.

Sonstige Anlagen: Verwaltungsgebäude; Expeditionsgebäude mit Lagerkeller; Lagerhallen für Fertigwaren und Rohmaterial; Kantine und sonstige Räume für die Belegschaft; Garage; Gleisanschluß (Bahnhof Sandbach i. Odw.)

Häuser: Fünf Häuser mit Wohnungen für Werksangehörige.

2. Gebäude in Frankfurt (Main), Rüterstraße 9 (Zweigniederlassung):

Kaufmännisches Büro. Das Gebäude ist im Wiederaufbau begriffen und für eine Verkaufsniederlassung vorgesehen.

Beteiligung

Deutsche Gasrußwerke, Dortmund, Gleiwitz.

Kapital: RM 18 000 000.—

Zweck: Erzeugung und Verwertung von Gasruß für die Deutsche Kautschukindustrie.

Beteiligung: RM 60 200.—

Buchwert: RM 1.—

Verband: Die Gesellschaft gehört dem Verband der deutschen Kautschukindustrie Hessen, Frankfurt (Main), an.

Statistik

Kapitalentwicklung: Das Grundkapital betrug vor 1914 M 1 235 000.— und wurde bis 1923 auf M 21 000 000.— und zwar M 20 000 000.— in Stammaktien und M 1 000 000.— in Vorzugsaktien erhöht.

Die Umstellung auf Reichsmark wurde durch Beschluß der H.-V. vom 12. 3. 1925 wie folgt durchgeführt: Stammaktienkapital im Verhältnis von 50:3 von M 20 000 000.— auf RM 1 200 000.—; Vorzugsaktienkapital im Verhältnis von 50:3 von M 1 000 000.— auf RM 60 000.—.